

17.01.2017

Antrag

der Fraktion der CDU

Nordrhein-Westfalen in Europa: Benelux-Zusammenarbeit ausbauen, Europas Chancen nutzen und die europäische Einigung voranbringen.

Die Idee, den Zusammenhalt in Europa zu fördern und die Einigung Europas voranzubringen, wurde in Nordrhein-Westfalen mit erdacht und gehört seither zu den Grundfesten nordrhein-westfälischer Politik. Weil die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in Frieden leben, frei reisen, in allen EU-Staaten Schulen besuchen, studieren und arbeiten und ihre Waren und Dienstleistungen anbieten können, profitiert Nordrhein-Westfalen von der Europäischen Einigung in besonderer Weise. Als einwohnerreichste Region Europas ist es im Landesinteresse, weiter für ein Europa der offenen Binnengrenzen, der Freiheit und des Rechts einzutreten.

Größte Bedeutung hat die grenzüberschreitende Kooperation mit den Benelux-Ländern Belgien, Niederlande und Luxemburg. Nordrhein-Westfalen bringt sich in die Benelux-Union ein. Parallel muss auch der bilaterale Austausch mit unseren westlichen Nachbarn und ihren Regionen intensiviert werden. Es ist – nicht nur, aber in besonderer Weise – im Interesse der vielen Grenzpendler und Bewohner der Grenzregionen notwendig, immer neue Herausforderungen anzusprechen und grenzüberschreitende Probleme durch intensive Kommunikation und vertrauensvolle Kooperation zu lösen.

Auch die Euregios sind wichtige Träger der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Beneluxraum. Sie fördern die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Unternehmen und Organisationen und das gesellschaftliche und kulturelle Zusammenleben über Grenzen hinweg. Sie ergänzen das zahlreiche ehrenamtliche Engagement.

Hinzu kommen enge und freundschaftliche Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Polen und Frankreich, die auf historischen Erfahrungen basieren und durch vielfältige politische und zivilgesellschaftliche Kontakte gelebt werden.

Vor diesem Hintergrund muss die Politik Nordrhein-Westfalens in folgenden Bereichen konkret ausgebaut und verbessert werden:

I. Zusammenarbeit mit den Nachbarn Niederlande, Belgien und Luxemburg ausbauen:

Datum des Originals: 17.01.2017/Ausgegeben: 17.01.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

- Es fehlen detaillierte Kenntnisse darüber, wie viele Menschen tatsächlich über die Grenzen hinweg zur Arbeit pendeln. Der Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und die Partnerbehörden in den Niederlanden und in Belgien müssen daher kurzfristig einen gemeinsamen Bericht über Grenzpendler entwickeln.
- Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, z.B. im Mangelberuf Erzieher/in, muss vereinfacht und beschleunigt werden.
- Die Lehrerausbildung muss um grenzüberschreitend gültige Ausbildungsbausteine ergänzt werden, um bilinguale Schulprojekte zu erleichtern.
- Die Verkehrsinfrastruktur Nordrhein-Westfalens muss europäisch gedacht und geplant werden. Die Seehäfen für Nordrhein-Westfalen sind Antwerpen und Rotterdam, daher muss insbesondere der Gütertransport auf Straße, Wasser und Schiene dieser Ausrichtung gerecht werden. Auch für den Personennahverkehr müssen stärker als bisher die Pendlerströme über Grenzen hinweg berücksichtigt werden.
- Naturkatastrophen und Großschadensereignisse machen vor keiner Landesgrenze halt. Die Zusammenarbeit der Krisenzentren muss geübt, Kommunikationswege müssen etabliert und ggf. bestehende rechtliche Hindernisse beseitigt werden. Es ist eine Datenbank von Kontaktpersonen für den Katastrophenfall anzulegen. So soll es einfacher werden, die bestehenden Strukturen des Katastrophenschutzes zu durchschauen und Ansprechpartner zu erreichen.
- Die bestehende grenzüberschreitende Kooperation im Bereich des Hochwasserschutzes – insbesondere am Rhein – muss intensiviert werden.
- Die Zusammenarbeit im Bereich des Rettungswesens und Feuerwehr ist zu intensivieren. Haftungsfragen, die sich aus dem Einsatz auf der anderen Seite der Grenze ergeben, müssen – ggf. auch durch Initiativen gegenüber dem Bund – gelöst werden, um den schnellstmöglichen Einsatz von Rettungskräften beiderseits der Grenzen zu gewährleisten.
- Um die polizeiliche Zusammenarbeit zu verbessern, entsendet Nordrhein-Westfalen einen Verbindungsbeamten zur niederländischen nationalen Polizeibehörde, vergleichbar dem seit 2015 beim Landeskriminalamt tätigen niederländischen Beamten.
- Auch weitere erfolgreiche Projekte der Bundespolizei und der Koninklijke Marechaussee sowie die polizeilichen Kooperationen Rhein-Maas-Nord können Vorbild für eine engere grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit sein.
- Konkret eingerichtet werden zudem gemeinsame Ermittlungsgruppen zur Bekämpfung von Sprengungen von Geldautomaten sowie im Bereich Einbruchdiebstahl.
- Reaktorsicherheit: Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Gesprächskontakte zu nutzen, um die schnellstmögliche Stilllegung der gefährlichen Atomkraftwerke Thiange und Doel zu erreichen.
- Das Rheinland bildet gemeinsam mit Flandern und den Niederlanden eine große Chemieregion. Es ist zu prüfen, wie eine sinnvolle gemeinsame Entwicklung dieser gemeinsamen Chemieregion, z.B. im Bereich Infrastruktur – unterstützt werden kann.

- Für die berufliche Ausbildung ist zu prüfen, inwieweit grenzüberschreitende Elemente eingebaut werden können.
- Nachdem ein „europäisches Vereinsstatut“ bislang nicht zustande gekommen ist, muss geprüft werden, ob ein Vereinsstatut der Beneluxstaaten entwickelt werden kann. Die Landesregierung muss, anstatt die Entwicklung der europäischen Debatte aufmerksam zu verfolgen, selbst Impulse setzen, damit dieses Thema zu einer Priorität auf der europäischen Agenda wird. Das „Europa der Bürger“ soll stärker erlebbar werden.
- Analog zum Tag der deutschen Sprache in den Niederlanden wird ein Tag der niederländischen Sprache in den Schulen und Kommunen Nordrhein-Westfalens durchgeführt. Die Landesregierung entwickelt ein entsprechendes Konzept für einen solchen „Niederlande-Tag“.

II. Europas Chancen nutzen

- Kleine und mittlere Unternehmen tun sich oft schwer, an europäischen Förderprojekten teilzunehmen. Die Landesregierung wird aufgefordert, bestehende Beratungsstrukturen besser bekannt zu machen und auf ihre Reichweite und Wirksamkeit hin zu überprüfen.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, gegenüber den Institutionen der EU auf die Ausfertigung von Arbeitsdokumenten auch in der Arbeitssprache Deutsch zu drängen und so eine höhere Transparenz europäischen Handelns für Bürger, Unternehmen und Organisationen in Nordrhein-Westfalen herzustellen.
- Die Chancen des Europäischen Investitionsprogramms für Nordrhein-Westfalen müssen besser genutzt werden.
- Die Auszeichnung als Europaschule ist von der CDU/FDP-Regierung eingeführt worden. Von den annähernd 6.000 Schulen in Nordrhein-Westfalen sind derzeit ca. 190 als Europaschulen zertifiziert. Ziel muss es sein, dass mittelfristig jede zehnte Schule in Nordrhein-Westfalen einen europäischen Schwerpunkt ausbildet und besondere Europakompetenzen erwirbt.
- Es ist zu prüfen, ob eine Auszeichnung „Europa-Hochschule Nordrhein-Westfalen“ nach Vorbild der Europaschulen etabliert werden kann.

III. Europäische Integration vertiefen

- Die Zusammenarbeit mit den Partnerregionen in Polen und Frankreich, die unter dem Dach „Regionales Weimarer Dreieck“ stattfindet, muss vertieft werden und neue Impulse erhalten. Das Dreieck muss eine regionale Klammer gegen die vielen europäischen Fliehkräfte bilden, die zunehmend stärker werden.
- Nach den Erfolgen des Polen-Jahres und des Frankreich-Jahres soll es künftig auch ein Niederlande-Jahr, ein Belgien-Jahr und ein Luxemburg-Jahr geben. Auch eine Neuauflage des Polen- und des Frankreich-Jahres sind zu prüfen. In den entsprechenden Jahren soll der kulturelle, gesellschaftliche und politische Austausch

zwischen Nordrhein-Westfalen und dem jeweiligen Partnerland auf möglichst breiter Basis gelebt und ausgebaut werden.

- Einsätze von Polizeibeamten, Landesbediensteten in europäischen Institutionen und internationalen Einsätzen der EU müssen von der Landesregierung aktiv gefördert werden. Der Erwerb von europäischen Kompetenzen und Erfahrungen durch Berufspraxis soll sich positiv auf die Entwicklungs- und Beförderungsmöglichkeiten der öffentlich Beschäftigten auswirken.
- Gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit muss mehr Transparenz über die europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung hergestellt werden. Dafür sind geeignet Konzepte zu entwickeln.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Christina Schulze Föcking
Ilka Freifrau von Boeselager
Dr. Günther Bergmann
Henning Rehbaum

und Fraktion